

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Gruß will Lohnabbau-Verordnungen erhalten!

Nur im Kampf kann die Arbeiterschaft etwas erreichen

Der Reichstag hat die Aufhebung jenes Teiles der Papen-Hindenburg-Notverordnung vom 4. September 1932 gefordert, der umstrittene sozialpolitische Ermächtigung enthielt und dem die vom Reichsarbeitsminister erlassenen Lohnabbau-Notverordnungen zuwenden. Bis jetzt ist der Reichstag nicht durchgeführt, doch scheint die Regierung zu sein, den betreffenden Teil der Papen-Hindenburg-Notverordnung aufzuheben. Mit diesem Teil der Papen-Hindenburg-Notverordnung müssen nun auch die Lohnabbau-Notverordnungen aufgehoben werden. Sicher wurde das von allen sozialen Staatschichten als Selbstverständlichkeit betrachtet.

Der neue Reichsarbeitsminister Gruß will aber gerade diese Lohnabbau-Notverordnungen seines Vorgängers nicht aufheben.

Bei die Einziehung eines Untersuchungsausschusses des Sozialen Ausschusses durchgeführt, darf prüfen soll, ob die Schließung verpflichtet ist, die Lohnabbau-Notverordnungen aufzuheben. Das Resultat bestätigt "Untersuchungen" kann innerhalb leicht.

Also die Schleierregierung will nicht. Alle Argumente, das Schleier gegen die Lohnabbau-Notverordnungen geweisen sei, sind damit widerlegt.

Gardine-Aufsichtsrat gegen Abbau seiner Bezüge

Die Schleieraison zu Ende. Die überflüssige 7. technische Abteilung

(Arbeiterkorrespondenz)

In einem Bericht über die Generalversammlung der Aktien-Dresdner Gardine ließ man folgenden bezeichnenden Ton den Kleinaktionären: wurde bei Beipreisung der Zugangsänderungen auch eine Erhöhung der Bezüge des Aufsichtsrates angeregt. Das wurde abgelehnt. Im Gegenteil, man erwies den Aufsichtsrat, indem man den sozialen Überhauptmacher, Vorsteher des Industrieverbandes, abstieß, neu hinzunahmte.

Dieser verhinderte Piazzolini, der in einer Rede vor den Kleinaktionären in Chemnitz die Regierung aufforderte, endlich mit Schlag zu modern mit den "hohen" Löhnen, weil die "übermäßig" wurden, alle Motorräder und Radios sowie auf Abhandlung laufen" und dann Aktionen auf Anfang des Jahres stellten. Das lagt ein Mann der vielleicht nicht weiß, wie hoch sein Einkommen eigentlich ist, der als solcher Aufsichtsrat, Vorsteher des Industrie-Verbandes der Doppelverdienster jenseits schmiede ist. Aber Unternehmern lieben solche Leute. Trotz einer Wirtschaftsnot hat die Firma genug Geld für den Kurzzeitneuen Aufsichtsratgliedern zu leisten. Das ist dann kaum mehr, über die "hohen" Löhne der Arbeiter zu kommen.

Ein Lohnabbau jagt im Betrieb den anderen. Auch von der Papenischen Notverordnung glaubte die Firma profitieren zu können.

Zusführung der Notverordnungsbestimmungen fiel in eine als eine große Nachfrage nach Schleiermodellen vorlag. Firma, um schnell die Konjunktur zu nutzen, wollte gleichzeitig Weber ein, um den ganzen Markt mit Pumping an sich zu reißen. In Dreieckshinterm gingen es nun täglich wurden 40.000 Meter Schleiergewebe hergestellt. Firma behauptete diese Neuerstellung leiten auf Grund Papenischen Notverordnung erfolgt und wollte auch noch weiter der Prämien für Arbeitseinsatz werden. Außerdem die Löhne im Sinne der Notverordnung gefürchtet. Der Markt war aber bald mit dem Schleierzeug gesättigt und

wollte mit den Weben wenn Mangel eintrete?

Wie da auch dieses Problem löste man. Eines Tages kam ein Anschlag am Schwarzen Brett der folgenden besagte:

"Weil die Belegschaft dauernd mit Streit droht und die Kunden kaputt geworden und haben das Besteue zur Welt-

Firma D&G verloren und die Aufträge rückgängig gemacht,

sofortlich läuft sich die Firma gezwungen, die Rendite gestrichen wieder zu entlassen. Von Gebrauch der Papenischen Notverordnung nicht mehr ab."

Über unsere reformistischen Betriebsräte und Konzern des Arbeitnerverbandes waren auf dem Posten:

"Sieht ihr, da habt ihr, hättet ihr auf uns gehört, und den Lohnabbau geschludert. Warum habt ihr gemeint, wir könnten arbeiten, wie gut nicht, nun sonst ihr euch bei der AGO bedienen, die auch durch ihr radikales Gesetz wieder bestellt.

"Nun, die denenden Arbeiter der Gardine glauben dienen

niemand nicht. In der Gardine sollte nur an der richtigen Stelle abgebaut werden. Gestört doch tatsächlich im Betrieb

die ganze Abteilung die nach ihrem reizlosen Hinauswurf im Stile feine Züge hinterlassen würde, das ist die so-

genannte 7. technische Abteilung, wo wir Leute wie Weiß, Striegler, Barth, Behrlich und Striegler antreffen.

To ist der Oberdichterloper Weiß, der mit seinen plumpen Tochterlägen ganze Abteilungen hilft (siehe Blätter).

Und der Schlossmeister Behrlich, ein roskiger Mensch, von dem

Lohnentschließspruch in der Moßschneiderei

Berlin, 14. Dec. (Sig. Drabik.)

Nach erfolglosen Verhandlungen über die Verlängerung des Arbeitszeitlimits für die Moßschneiderei wurde jetzt in Leipzig ein Schiedsgericht gefällt, der Beschlüsse der Moßschneiderei in der Moßschneiderei gefüllt. Der Böll-Lohn soll jerner zu nach 6 Berufsjahren (bisher 5) erreicht werden. Die bis jetzt festgelegten Stundenlöhne sollen wieder zu einem zentralen Lohnkonsens zusammengefaßt werden, wobei für die mittleren Kategorien ein neuer Lohnabbau eintrete.

Organisiert jetzt in allen Betrieben der Moßschneiderei im Kampf gegen diesen Lohnentschließspruch! Duldet keinen wenig Lohnabbau!

Innengewerkschaftlicher Erfolg im DBB-Essen

Bei den heutigen Bezirkssvertreterwahlen im Deutschen Metallarbeiterverband errang die Opposition einen beachtlichen Erfolg. Die Opposition errang die Mehrheit in Altenessen, Segenroth und Werden und somit trotz der verschleierten Gegnerin der reformistischen Kärtze in den anderen Bezirkssvertreterwahlen nahe an die Mehrheit heran.

Es erhielten in Altenessen: Opposition 85 (62), Reformisten 82 (64). Stadtmitte: Opposition 61 (78), Reformisten mit SAV 65 (78). Segenroth: Opposition 54, SAV 11, Reformisten 34. Holsterhausen: Opposition 34, Reformisten 79. Essen-Süd: Opposition 21, Reformisten 46. Raterberg: Opposition 8, Reformisten 10. Borsig: Opposition 36, Reformisten 54. In Werden wurde die Sitz der Opposition einstimmig gewählt.

Altenessen: Opposition 101, Reformisten 154. Die Reformisten ließen hier die Abstimmung sofort bei Eröffnung der Versammlung vornehmen, so daß sich mindestens 35 oppositionelle Arbeiter, die nach Versammlungsbeginn kamen, an der Abstimmung nicht mehr beteiligen konnten.

Nun erst recht verstörte Arbeit innerhalb der Gewerkschaften!

Die Schlüsse des ADG auf Verstärkung der Arbeit innerhalb der Gewerkschaften, um die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die Einheitsfront des Kampfes zu gewinnen, haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sehr nervös gemacht. Der Vorwärts vom 27. November bringt einen mehrere Spalten langen Artikel zu den Schlüssen der ADG, in dem natürlich die ADG verurteilt wird. Aber aus dem ganzen Artikel spricht die Angst der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer vor dem Auftreten der Opposition in den Gewerkschaften.

Gleichzeitig bringt der Vorwärts einen Bericht über die Berliner Delegiertenversammlung des Gewerkschaftsbundes, die infolge des Auftretens der Opposition vollständig im Zeichen des Streitfeinds stand. Vorwärts schreibt der Vorwärts:

"Trotzdem wäre wohl nicht der ganze Abend mit der Bevölkerung über den Streit ausgefüllt worden, wenn nicht die ersten Sprecher der heftigsten oppositionellen Delegierten eine Rhetorik, die in der kommunistischen Presse erhabenen Beschimpfungen und Verdächtigungen geliefert hätten."

Es ist dem Vorwärts also äußerst unangenehm, daß in dieser Versammlung gehabter Delegierter eine Opposition aufstellt und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wegen ihres infamen Streitbruchs beim ADG-Streit anklagen. Wohl hatten die Führer des Gewerkschaftsbundes eine Gruppe sozialdemokratischer SAV-Delegierter dazu aufgefordert, beim Auftreten der oppositionellen Redner einen zu tun zu lassen, doch trotz dieses organisierten "Entzündungsturms" nutzten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer erlebt, daß der ADG-Streit im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand. Der Vorwärts selbst mügte berichten, daß oppositionelle Delegierte von einer zum Streitbruch führenden "Politik" der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sprachen.

Die SAV-Delegierten, die zur heutigen Führung des Gewerkschaftsbundes halten, waren in dieser Versammlung natürlich noch in der Mehrheit. Aber die Anklage der Opposition in dieser Generalversammlung, die gegen den Willen der Bürgemeister einschließlich den Betriebsräte behandeln mußte, wird hinausgetragen werden in die Betriebe und Tausende von Mitgliedern des Gewerkschaftsbundes werden sich diese Anklagen zu eigen machen und werden für die Einheitsfront genommen werden.

Wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ihre jetzt ihre blaue Angst vor den Schlüssen der ADG zeigen, so wird uns das gerade darin beweisen, in allen Gewerkschaften muss, Menschen aufzutreten, überall an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter heranzutreten, um so durch Stärkung der Einheitsfront die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Einheitsfront weiter und größere Erfolge im Kampf gegen das Kapital erringen kann.

Über 119000 Mark Reingewinn

aus den Knochen der Hainsberger Papierarbeiter

(Arbeiterkorrespondenz)

Nach dem Gehaltsabschluß der Thödeleinen Papierfabrik in Hainsberg wurde ein Reingewinn von über 119000 Mark erzielt.

Papierarbeiter der Thödeleinen Papierfabrik, solche große Summen allein an Reingewinn mögt ihr mit einer Hand Arbeit erledigen und ermüden. Den Arbeitnären werden hunderttausend Mark in den Magen geklopft und ihr mäßigt für Hausarbeiter arbeiten. Dabei haben die Papierarbeiterinnen eben wieder die Müdigkeit, einen neuen Lohnabbau durchzuführen. Dabei keinen wenig Lohnabbau! Nehmt in einer Delegiertenversammlung zur Lage Stellung und bereitet den Kampf vor um die Wiedereroberung des alten Lohnes!

Offener Brief an alle Chemiearbeiter!

Chemiearbeiter und -arbeiterinnen! Die schrankenlose Ausbeutung, die jetzt während der ökonomischen Krise besonders durch verschärfte Rationalisierungsmöglichkeiten, durch Abschaffung und Brüderlichkeit, durch brutalen Terror von den Kapitalistern dauernd gesteigert wird, hat wieder einer Reihe eurer Kollagen das Leben und die Gesundheit geflossen. Eine furchtbare Explosion im IG-Chemiewerk Bremens hat 12 Arbeitnehmer vernichtet, 6 Arbeitnehmer sind schwer und eine Reihe leichter verletzt. Selbst die bürgerliche Presse erklärt, daß einer Teil der Schwerverletzten noch Lebensgefahr droht. Zahlreiche Familien sind ihrer Endzeit ganz oder teilweise beraubt.

In der Presse geht ein Rätselraten um die "Schulfrage". Wie stellen mit aller Deutlichkeit fest:

Die Grundidee dieser Fragen und damit der Verstärkung von Werktagen ist die kapitalistische Ausbeutung, die verschärft Kapitalistische Rationalisierung. Die brutalen Entzerrungen und Zersetzungen, der bauende Kapitalismus, der mit

aktiver Hilfe der reformistischen und kommunistischen Gewerkschaftsführer in verschiedenen Formen und Methoden von den Chemiearbeiterinnen sorgenommen wurde.

Chemiearbeiter und -arbeiterinnen! Das, was sich am 7. Dezember im IG-Chemiebetrieb Bremens ereignet hat, kann noch in noch viel schlimmerem Form mit noch viel tödlicheren Folgen in eurem Betrieb wiederholen. Da auch legt es dies zu verhindern.

Das Internationale Komitee der Fabrikarbeiter fordert euch Chemiearbeiter und -arbeiterinnen auf zum Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, für Erhaltung eurer Gesundheit und eures Lebens.

Die Explosionskatastrophe in Bremens ist ein Warnungs- und Kampfsignal für alle Chemiearbeiter.

Chemiearbeiter, weil diese Gefahr täglich auch euren Betrieb droht, schafft in allen Betrieben Sicherheitskommissionen zur Überprüfung eurer Arbeitssicherungen, der sozialen und hygienischen Einrichtungen eures Betriebes. Möchtet in diese Kommissionen eure besten Kollegen aus allen Bereichen und Abteilungen. Der beste Schutz für euer Leben und für eure Gesundheit sowie eurer Familienangehörigen ist der Kampf aller Arbeitnehmer in einheitlicher Front gegen kapitalistische Ausbeutung und sozialistische Unterdrückung.

Wartet nicht auf die anderen, sondern beginnt den Kampf in eurem Betrieb, in eurer Abteilung.

Schafft die Einheitsfront aller Arbeitnehmer und Gewerkschaften zum Kampf

gegen jeglichen Lohnabbau,

gegen offizielle und Vollzugsbeamte,

gegen kapitalistische Rationalisierung,

gegen Entzerrungen,

für Vertreibung der Arbeitsspitze bei sozialem Schlagabtausch,

für Erhaltung eurer Röhre,

für gleichen Sohn für gleiche Arbeit,

für sozialistischen Gang eines Sohnes und einer Tochter.

Internationales Komitee der Fabrikarbeiter.